Vorlage

Beratungsfolge	Datum	
Infrastrukturausschuss	29.04.2021	öffentlich

**Bebauungsplan SBG Nr. 7.1 „Erholungsgebiet Feldmark“ - Detailplan 1 –
Campingplatz Schulze Westhoff – 2. Erweiterung
-Vorstellung der erneuten Änderungsplanung durch das Büro Drees und
Huesmann
-Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung**

Die durch das Büro Drees und Huesmann in der Sitzung des Infrastrukturausschusses vom 01.10.2020 vorgestellten Planungen hinsichtlich der 2. Erweiterung des Bebauungsplanes „Erholungsgebiet Feldmark“ – Detailplan 1 – Campingplatz Schulze Westhoff, wurden nach der vorgenannten Sitzung in mehreren Teilbereichen erneut grundlegend verändert. Die Grundzüge der durch den Ausschuss mit 13 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen beschlossene planerische Vorstellung haben sich seitdem deutlich verändert. Diese Veränderungen wurden daraufhin dem Ausschuss in einer separaten Präsentationssitzung vorgestellt, erläutert und beraten.

Zwecks Klärung aufgekommener Rückfragen zu den vorgestellten planerischen Änderungen, machen diese eine erneute Vorstellung der nunmehr aktuellen Planung durch das Büro Drees und Huesmann erforderlich. Ebenso sollte auf Grundlage der neuerlichen Planung der Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung neu gefasst werden.

Zuständig für die Beschlussfassung ist der Infrastrukturausschuss.

Vorschlag der Verwaltung:

„Der Bebauungsplan SBG Nr. 7.1 ‚Erholungsgebiet Feldmark‘ - Detailplan 1 – Campingplatz Schulze Westhoff – 2. Erweiterung wird im Rahmen einer 6. vereinfachten Änderung gemäß § 13 BauGB auf der Grundlage der seitens des Büros Drees und Huesmann, Bielefeld, nochmals überarbeiteten Planung geändert.“

Der Begründungsentwurf aus März 2021 sowie der Bebauungsplanentwurf vom 16.03.2021 sind Bestandteil des Beschlusses und in der Anlage beigefügt.

Das Änderungsverfahren wird als vereinfachtes Verfahren gem. § 13 BauGB durchgeführt, da mit den Änderungsinhalten die Grundzüge des Bauleitplanes nicht berührt werden. Auf die frühzeitige Beteiligung der Bürger gem. § 3 I BauGB sowie der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 I BauGB wird verzichtet. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 II BauGB i. V. m. § 4 II BauGB durchzuführen.“

DBgm.

Dü.